

SP-Fraktion
Ruedi Lais, Präsident

VA06 Elefantenrunde, Votum

Herr Präsident, Frau Regierungspräsidentin, liebe Mitglieder des Regierungs- und des Kantonsrates

Vor 10 Jahren ist in diesem Kanton eine Wahlallianz aus FDP und SVP, angeführt von Regierungsrat Eric Honegger, angetreten, um eine so genannte **bürgerliche Wende** aufgrund eines Regierungsprogramms durchzusetzen.

Ohne Rücksicht auf die politischen Minderheiten sollte der Kanton auf den **neoliberalen Pfad der Tugend** geführt werden. Es sollte ein Staat erreicht werden, der sparsam haushält und sich auf sein Kerngeschäft beschränkt. Diese Beschränkung des Staates würde zu einer blühenden Wirtschaft, eigenverantwortlichen Individuen und allgemeiner Zunahme des Wohlstandes führen. Die Wählerschaft wollte das Experiment wagen und stattete die Allianz auch noch mit der Mehrheit im Kantonsrat aus.

Im Frühling 2005, also 10 Jahre später, wurde anlässlich der Regierungsratswahl das Experiment mit der rechten Mehrheit beendet. Die Wählerinnen haben 2005 erkannt: das Programm der Rechten hat im **Fiasko** geendet. SVP/ FDP-Mehrheiten in Regierung und Parlament haben sich als unfähig erwiesen, mehr als nur **billige Wahlversprechen in Form von Steuerersenkungen** zu realisieren.

Für die Lieben sollte mehr zum Leben bleiben. Das Lächeln der Geliebten dürfte wenig verbreitet sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller Lohnklassen und Stufen, Handwerker, Staatsangestellte, aber auch Landwirte: Leute, die von ihrer Arbeit leben wollen, gehören nämlich ganz offensichtlich nicht zu den Geliebten. Schon gar nicht die Leute, die die Wirtschaftspolitik der Neoliberalen mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen mussten und vom Sozialstaat abhängig geworden sind. Die Lieben sind andere: die lieben Erben grosser Vermögen, die lieben Besitzer von grossen alten Liegenschaften und von Bauland, die lieben Aktionäre. Auch den lieben Steuerhinterziehern soll mehr auf dem Schwarzgeldkonto bleiben, wie sonst wollen Sie die Strafaktion gegen das kantonale Steueramt von letzter Woche erklären. Nein, aus diesem rechtsbürgerlichen Regierungsprogramm wird **keine Romanze mit der Wählerschaft** mehr!

Zum Glück für den Kanton gelang es der FDP, sich dem alleinigen Herrschaftsanspruch der SVP gelegentlich zu entziehen. So gelangen im Verbund von FDP und Links doch noch **einige fortschrittliche Reformen** und für den Standort Zürich wichtige Investitionen. Beispiele hierfür sind die Strukturreformen im Gesundheitswesen und in der Bildung, die neue Verfassung sowie der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs.

Ihre **erfolgreiche Finanzpolitik** der letzten 10 Jahre konnten SVP und FDP letzte Woche aber mit der grandiosen Mehrheit von 1 Stimme noch einmal um ein hoffentlich letztes Kapitel verlängern. Dazu unsere sportliche Gratulation!

Meine Damen und Herren, der Voranschlag, über den wir in einer knappen Stunde abstimmen werden, ist schon heute Altpapier. Er stellt zwar formal den Ermächtigungskredit nach FHG §28 oder die Festlegung des Leistungsauftrags und dessen Finanzierung nach CRG §14 dar.

Politisch aber ist er für den Regierungsrat **kein brauchbarer Auftrag**. Zürich und sein Kanton stehen da als eine Metropole, die zwar hohe Lebensqualität mit solider wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit verbindet. Eine Metropole, die in allen Umfragen weltweit höchste Standortgunst bietet. Das Staatswesen aber, das für den Erhalt und die weitere Entwicklung dieses – man kann das gar nicht zu oft wiederholen – „best place to live worldwide“ verantwortlich wäre, steht politisch konzept- und führungslos da.

Die SP-Fraktion, ihre Regierungsmitglieder eingeschlossen, hat den Runden Tisch nicht nur begrüsst, sondern in mehreren Runden **grosse Schritte hin zu einem Kompromiss** gemacht. Seit dem Anfang des Runden Tisches hat sie aber bei SVP und FDP keinerlei Bewegung ausgemacht. Und was noch erstaunlicher ist: die FDP hat auch keine einzige Forderung an die vier Mitte-Links-Fraktionen gestellt. Sie hat bis zu ihrem Vorstosspaket von vorletzter Woche keinen eigenen Vorschlag gemacht, wie es mit den Kantonsfinanzen weiter gehen soll. Das Vorstosspaket hätte sie schon längst in die Kommissionen des Rates einbringen können. Dafür sieht sie tatenlos zu, wie die 1600 Goldmillionen eingesetzt werden müssen, um den Staatshaushalt wenigstens ein weiteres Jahr verfassungsmässig auszugleichen. Von der von ihr **angestrebten Substanzerhaltung** keine Spur!

Wie gesagt, dieses Budget ist politisches Altpapier. Eine halbe Stimme hat entschieden, dass der Kanton Zürich in eine weitere depressive und defensive Sparrunde geht. Im Gegensatz zur sanften Version von MH06 reden wir jetzt aber nicht mehr von einer zwar harten aber noch machbaren Konzentration der Kräfte für einen leistungsfähigen Service Public. Es geht

nicht mehr nur darum, welche Pensionierten nicht ersetzt und wie viele Rappen pro Stunde ein Linien-Buschauffeur mehr oder weniger kosten darf.

Jetzt geht es darum, wie viele Betriebe geschlossen und wie viele **Kantonsangestellte entlassen** werden müssen. Es geht darum, ob sich der Service Public mehr und mehr in die grossen Zentren Zürich und Winterthur zurückzieht. Es geht darum, wie viel staatliche Infrastruktur in den ländlichen Regionen des Kantons noch finanziert werden kann.

Unsere neue Kantonsverfassung setzt uns das Ziel (ich zitiere), den **Kanton Zürich als weltoffenen, wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Gliedstaat der Schweizerischen Eidgenossenschaft** weiter zu entwickeln. (Zitat Ende).

Das können wir nicht, wenn wir bei den Steuersätzen die unsolidarische, parasitäre Nischenpolitik von Schwyz oder Obwalden verfolgen. Der Zürcher Regierungsrat hat unsere volle Unterstützung, wenn er sich gegen solche Auswüchse zur Wehr setzt. Unser Kanton ist ein **grosstädtischer Kanton** und spielt in einer anderen Liga als ländliche Steueroasen wie die genannten. Und um beim Sport zu bleiben: Sie können Schwingerkönig Jörg Abderhalden jahrelang hungern lassen, er wird auch nie den Züri-Marathon gewinnen können.

Und kommen Sie uns nie mehr mit dem Beispiel Irland wie es der FIKO-Präsident in der Eintretensdebatte tat: Der Effekt der Steuerprivilegien für neue Firmen und der tiefen Telefonssteuern ist dort bereits verpufft, die Call Centers ziehen weiter. Das Land hat im übrigen ganz wesentlich von den **EU-Hilfen in Milliardenhöhe** profitiert. Das zeigt, was europäische Solidarität bewirken kann. Wenn die SVP uns diesen Weg empfiehlt, ist das mit Verlaub ziemlich bizarr.

Die SP ist auch in schwierigen Zeiten eine **verlässliche Regierungspartei**. Nicht allen von uns fällt es leicht, den Kanton lieber ohne als mit einem solchen Budget dastehen zu lassen. Eine kleine Minderheit der Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Ich kann aber schon heute und dies für eine **geschlossene SP** versprechen: Wir haben ein erhebliches Beharrungsvermögen, wenn Widerstand angesagt ist. Den geplanten Abbaumassnahmen bei öffentlichen Dienstleistungen sagen wir schon heute den Kampf an, ebenso den weiteren **Steuersenkungen zugunsten von privilegierten Minderheiten**. Wir freuen uns geradezu darauf, die einseitigen Steuergeschenke an die Reichsten und den

erneuten Angriff auf die kantonalen Beihilfen den Stimmberechtigten zur Beurteilung vorzulegen – am liebsten gleichzeitig!

Das jetzige Budget wäre für uns gerade noch tragbar gewesen, wenn es mit positiven Aussichten verbunden gewesen wäre. Aussichten auf eine dauerhafte Sanierung der Staatsfinanzen und einen hohen Stand an Investitionen. Verbunden mit der Aussicht auf einen **Abbau des Service Public**, auf **Entlassungen beim Staat**, mit der Aussicht auf eine **Lastenüberwälzung auf die Gemeinden**, auf eine **Verschiebung notwendiger Investitionen und mehr soziale Kälte. Verbunden damit** ist es für uns nicht mehr tragbar.

Meine Damen und Herren, wir müssen es leider ablehnen.

19.12.2005/R. Lais